Adivasi-Rundbrief 5

Herausgeber: Adivasi-Koordinationsgruppe
c/o Gesellschaft für bedrohte Völker
D-37073 Göttingen Februar 1996

Nr.5/1: Adivasi-gerechte Entwicklung - eine Frage des Überlebens.
Seminar der Adivasi-Koordination im September 1995.

Entwicklung für wen, durch wen, mit wem und mit welchen Mitteln? Diese Fragen zogen sich als roter Faden durch die Fachtagung, die die *Adivasi-Koordination* vom 26. bis 28.September 1995 in Bonn abgehalten hat. Diskutiert wurden Prüfkriterien für Projekte, Referenzstrukturen zur Beurteilung von Adivasi-Projekten und allgemeine Grundsätze für die Entwicklungszusammenarbeit.

Für Adivasi verbergen sich hinter dem Begriff "Entwicklung" Existenzbedrohung, Menschenrechtsverletzungen und die Angleichung ihrer eigenen, regional geprägten Kulturen. Verweigerte Landrechte, Ausbeutung der Ressourcen und Gefährdung der Lebensgrundlage bilden zentrale Problembereiche. "Der Fortgang der herrschenden Entwicklung führt uns in die Krise. Tod und Vernichtung sind nicht unbedingt blutig, sondern kommen langsam und schleichend daher", so einer der vier Adivasi-Referenten.
Entwicklung in Indien heißt, eine moderne, auf Wachstum ausgerichtete Industrienation zu schaffen, was mit der Vernichtung indigener Existenzen einhergeht. Diese Entwicklung setzt in ihrer Dynamik gesellschaftliche Maßstäbe und kulturelle Normen. In den letzten 40 Jahren sind fast 15% der Adivasi infolge von Staudämmen, Bergwerken und Industriekomplexen von ihrem angestammten Land vertrieben worden. Die in der indischen Verfassung vorgesehene "positive Diskriminierung" für Adivasi greift nur, wenn diese sich um den gesellschaftlichen Aufstieg innerhalb der herrschenden Strukturen bemühen. Eine eigenständige Entwicklung der Adivasi fördern sie nicht.

Die Bestandsaufnahme im Lauf der Tagung verdeutlichte, daß es bis zu einer glaubwürdigen Partnerschaft mit den Adivasi noch ein weiter Weg ist. Daß die Adivasi eine spezifische Zielgruppe der Entwicklungsarbeit darstellen, wurde von den eingeladenen Vertretern aus Bundestag und Auswärtigem Amt nicht bestritten. Die Rolle der Adivasi im Entwicklungsprozess zu stärken, kann vielmehr als eines der gemeinsamen Anliegen dieser Tagung gelten.
Auf Seiten der Adivasi-Unterstützer in der Bundesrepublik hat sich nur eine Handvoll von Organisationen die bei der Vorgänger-Tagung 1993 in Reichshof-Odenspiel aufgezeigten Veränderungsmöglichkeiten zu eigen gemacht und sich entschlossen, etwa statt Projekten künftig vornehmlich soziale Bewegungen zu fördern.
Die Ambivalenz wurde besonders bei Aktivitäten zur Stärkung von Adivasi-Organisationen etwa in der Form von Konferenzen oder beim Aufbau von Rechtshilfe- oder Lobby-Netzen deutlich. Die Bemühungen zum Aufbau selbständiger Adivasi-Organisationen erwies sich in nicht wenigen Fällen als Fortsetzung der Abhängigkeit unter anderen Vorzeichen. Dies wurde am Beispiel der Landbesetzungen in Südindien und hinsichtlich der zwiespältigen Rolle indischer Nichtregierungsorganisationen (NROs) offensichtlich. Die Adivasi-Vertreterin aus Südindien stellte etwa fest, daß keine NRO dort das Vertrauen der Adivasi genieße und daß eigentlich sämtliche NRO darauf aus seien, mit Adivasi-Projekten ihre eigenen Geschäfte zu machen.

Auch auf Seiten der Adivasi zeigen sich Hemmnisse, auf dem eingeschlagenen Weg der Selbstorganisation von mehreren hundert Völkern fortzuschreiten. Mangelhafte Kommunikation, aber auch geringe Eigeninitiative und unzureichende Koordination innerhalb des Dachverbandes *Indian Confederation of Indigenous and Tribal Peoples (ICITP)* wurden offenbar.
Als Ausblick läßt sich festhalten, daß neben gezielter Unterstützung für bestimmte Maßnahmen, etwa Rechtshilfe in Landrechtkonflikten, ein breiter Rahmen für die Adivasi-Solidaritätsarbeit gegeben ist: Dies reicht von der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in der Bundesrepublik bis zur Bildung einer Konsultationsstruktur hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit in Indien. Globale Standards zum Schutz indigener Völker können stärker gegenüber den Regierungen in der Bundesrepublik und in Indien vorgebracht werden, damit Entwicklung nicht auf Kosten sozialer und politischer Menschenrechte geht und die Vielfalt von Lebensformen nicht der Doktrin der "nationalen Entwicklung" geopfert wird.
Theodor Rathgeber, Adivasi-Koordination/Gesellschaft für bedrohte Völker

Das englischsprachige Protokoll der Adivasi-Tagung kann gegen einen Unkostenbeitrag von drei Mark über die Gesellschaft für bedrohte Völker (Anschrift siehe Impressum) bezogen werden.

Nr. 5/2: Adivasi-Frauenkonferenz in Rourkela
Im Vorfeld der Weltfrauenkonferenz von Beijing trafen sich im Juni 1995 Adivasi-Frauen aus dem östlichen Indien in Rourkela (Orissa). Diese bislang wohl einmalige Zusammenkunft wurde unter Mitwirkung des Koordinationsbüros der Zentralregierung von Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) aus Bihar, Westbengalen, Orissa und Madhya Pradesh organisiert. Die Diskussionen mündeten in einen Forderungskatalog zur Präsentation in Beijing, der auch als Leitfaden für die beteiligten Organisationen verstanden wurde.
Ganz oben auf der Forderungsliste der Adivasi-Frauen stehen die Wiederherstellung traditioneller Sammelrechte für Waldprodukte sowie ein Verbot von Herstellung und Verkauf von Alkoholika. In weiteren Resolutionen wurde gefordert, Landtitel grundsätzlich auf Mann *und* Frau auszustellen. Vor der Entscheidung über Entwicklungsprogramme sollte die betroffene Bevölkerung konsultiert werden. Großprojekte dürften nur dann realisiert werden, wenn sich mindestens zwei Drittel der Betroffenen dafür aussprechen. Zudem müßten die Betroffenen das Recht erhalten, über ihre Umsiedlung mitzubestimmen. Die versammelten Frauen sprachen sich desweiteren für eine Grundschul-Erziehung in der jeweiligen Adivasi-Sprache aus und schlugen die Förderung traditioneller Heilverfahren vor.
Down to Earth, 15.September 1995

Nr.5/3: Weltbank will Adivasi in Bihar "entwickeln"
Ausgerechnet im UN-Jahr der Indigenen Völker 1993 genehmigte die Weltbank ein Entwicklungsprojekt für die Bergregion im Süden von Bihar, das neue Gefahren für die Lebensgrundlagen der Adivasi nach sich ziehen könnte. Unter der Bezeichnung *Bihar Plateau Development Project* soll das mit umgerechnet rund 200 Mio. DM ausgestattete Programm die "nachhaltige Entwicklung" der Region fördern und den "Lebensstandard der Bevölkerung verbessern".
Der Großteil der Mittel - 49% - ist für den Straßenbau vorgesehen. Der Rest soll in die Trinkwasserversorgung und die Bewässerung für die Landwirtschaft fließen. Die indische NRO *Public Interest Research Group* in New Delhi befürchtet negative Auswirkungen auf die naturnahe Wirtschaftsweise der Adivasi und äußert die Vermutung, die Weltbank wolle die Region für internationale Agrarmultis öffnen.
Third World Network Features, 24.Mai 1995

Nr.5/4: Bihar: "Autonomer Rat für Jharkhand" konstituiert

Am 9.August 1995 fand in der Industriestadt Ranchi die Vereidigung von 90 Mitgliedern des sogenannten *Autonomen Rates für die Region Jharkhand* statt. Damit hat die 50 Jahre alte Autonomie-Bewegung der Stammesvölker im Osten Zentralindiens zu einem ersten greifbaren Resultat geführt. Ob die Adivasi nun ihre Forderung nach einem eigenständigen Bundesstaat aufgeben, bleibt jedoch abzuwarten.

Im September 1994 hatten der Ministerpräsident von Bihar, Laloo Prasad Yadav und der Staatsminister für Inneres der Zentralregierung, Rajesh Pilot in Gegenwart von Premier Narasimha Rao ein Abkommen zur Konstituierung des Jharkhand-Rates unterzeichnet. Alle 90 nun in Ranchi vereidigten Mitglieder des Rates wurden von der Landesregierung ernannt. Nachdem die auf sechs Monate befristete Amtszeit des provisorischen Rates abgelaufen ist, sollen neue Abgeordnete vom Volk gewählt werden. 90 weitere Ratsmitglieder werden *ex officio* aus dem Landesparlament entsandt. Die Zuständigkeit des neuen Gremiums erstreckt sich auf 18 Distrikte im Süden Bihars, die wegen ihrer Rohstoffvorkommen zu den reichsten des Landes zählen.

Dem Rat soll die Aufsicht über 40 Regierungsbehörden übertragen werden, darunter die zuständigen Institutionen für Landwirtschaft, Bodenschätze (ausgenommen die großen Bergwerke), Infrastruktur, ländliche Entwicklung und Gesundheitswesen. Der Rat hat das Recht, dem Landesparlament in Patna Vorschläge für Gesetzesvorhaben zu unterbreiten; diese müssen allerdings über die Landesregierung eingereicht werden. Darüberhinaus soll der Rat die Kommunal-Aufsicht innehaben. Sein Etat wird von der Landesregierung aus deren Haushaltsmitteln bestritten.

Die Kompetenzen des Rates bleiben weit hinter den Forderungen der Jharkhand-Bewegung zurück. Die Zuständigkeit des Rates ist auf den Süden Bihars beschränkt, während der geforderte Bundesstaat Jharkhand auch einige Distrikte in den Nachbarstaaten einschließen soll. Die für die Lebensgrundlagen der Adivasi besonders wichtigen Sektoren, etwa die Landsteuer, große Bewässerungsprojekte und Staudämme, Forstwirtschaft und der Bergbau bleiben unter der Kontrolle der Ministerien in Patna und New Delhi. Der Jharkhand-Rat besitzt keine Steuerhoheit und seine politischen Direktiven haben lediglich empfehlenden Charakter.

Unter den verschiedenen Gruppen der Jharkhand-Bewegung hat die Konstitutierung des Rates unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Die einflußreichste Gruppe, die *Jharkand Mukti Morcha (Soren)* verbündete sich anläßlich der Ratsbildung erneut mit der Regierungspartei von Laloo Prasad Yadav und wurde dafür mit den Posten des Ratsvorsitzenden (Sibu Soren) und des Stellvertreters (Suraj Mandal) belohnt. Die radikalere *Jharkhand People's Party (JPP)* und der Studentenverband *All Jharkhand Students' Union (AJSU)* blieben der Vereidigungszeremonie in Patna fern. Die Vorbehalte von JPP und AJSU richten sich gegen die undemokratische Zusammensetzung des von der Landesregierung nominierten Rates. "Einige Stammesvölker sind unterrepräsentiert, kleine Gruppen wie Ho und Kharia haben keinen einzigen Sitz erhalten", klagt JPP-Präsident Ram Dayal Munda. Seine eigene Partei erhielt lediglich sieben Mandate, während die Regierungspartei *Janata Dal* (36 Sitze) und die mit ihr verbündete JMM(S) (41 Sitze) die überwältigende Mehrheit der Stimmen innehaben. Die restlichen 6 Sitze wurden den Linksparteien zugesprochen, die ebenfalls die Laloo-Regierung unterstützen. "Der autonome Rat ist nur eine Zwischenstation, das Volk von Jharkhand wird weiterhin für einen eigenen Staat kämpfen," kommentiert Vizevorsitzender Suraj Mandal. Die Mehrheit der Anhänger der Jharkhand-Bewegung dürfte derselben Meinung sein.

Nr.5/5: Panchayat-System: Selbstbestimmung durch Selbstverwaltung?
Seit den weltweiten Beratungen und Aktionen im UN-Jahr der Indigenen Völker rufen auch Vertreter der indischen Stammesbevölkerung immer lauter nach Selbstbestimmung und Autonomie. In Bihar wurde der *Autonome Rat für Jharkhand* konstituiert (siehe Artikel in diesem Rundbrief). Die Zentralregierung rühmt sich, auch durch die Reform des Panchayat-Systems, also die Übertragung von Verwaltungsaufgaben an gewählte Dorfräte, zu mehr Selbstbestimmung beizutragen.
Was auf den ersten Blick als Schritt in die richtige Richtung erscheint, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Farce. Die bekannten Schwächen des Panchayat-Systems, etwa die Dominanz feudaler Eliten in den Dorfräten, fallen in Adivasi-Gebieten besonders schwer ins Gewicht. Das Ziel der Reformen verkehrt sich dadurch mitunter ins Gegenteil.
Ein Bericht der indischen Umweltzeitschrift *Down to Earth* schildert Erfahrungen mit dem Panchayat-System in dem von vielen Adivasi bewohnte Jhabua-Distrikt, Madhya Pradesh. Dort würden viele der gewählten Dorfvorsteher - meist handelt es sich um Klanälteste, die nie eine Schule besucht haben - von Verwaltungskräften zu Aktenträgern degradiert. Die Beamten verfügten als einzige im Dorf über das Wissen, wie man mit dem Staatsapparat umgeht. "Ich verbringe die meiste Zeit am Bezirksbüro in Sondwa, um die Unterschriften des Bezirksleiters für unsere Vorhaben einzuholen," gesteht Jahangir Thakrav, Vorsteher des Dorfes Sakarja. "Die vor knapp einem Jahr gewählten Mitglieder unseres Panchayat sind bis heute nicht zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten!"
Über mangelndes Interesse können dagegen die traditionellen Dorfräte in Jhabua nicht klagen. Im Gegensatz zu vielen anderen Adivasi-Völkern hat sich etwa bei den Bhil am Ufer des Narmada-Flusses das traditionelle Selbstverwaltungs-System gehalten. Dort spricht die Dorfversammlung Recht bei sozialen Konflikten, organisiert religiöse Feste und führt Entwicklungsprojekte durch wie etwa das weithin bekannte gemeinschaftliche Bewässerungssystem im Dorf Bhatida.

Um den besonderen Umständen in Adivasi-Dörfern zu entsprechen, nimmt die 1992 vom Parlament in Delhi verabschiedete *73te Ergänzung zur Verfassung (73rd Amendment)* jene Bezirke aus, in denen Adivasi die dominierende Bevölkerungsgruppe bilden (Jhabua fällt offenbar nicht darunter). Ein Parlamentsausschuß wurde beauftragt, Vorschläge zur Anpassung der lokalen Selbstverwaltung an die besonderen Umstände in Stammesgebieten zu erarbeiten. Der vom Abgeordneten Dilip Singh Buria geleitete Ausschuß empfiehlt in seinem jüngst vorgelegten Bericht, was Adivasi-Vertreter schon immer forderten: Anstatt die lokale Selbstverwaltung einem auf Mehrheitsentscheidungen beruhenden und daher für Manipulationen anfälligen Panchayat zu übertragen, solle die Regierung die traditionellen Dorfräte stärken. Diese sollten über soziale und religiöse Angelegenheiten im Dorf richten, über die Nutzung lokaler Ressourcen und Entwicklungsprogramme entscheiden und Recht und Ordnung aufrechterhalten.
Diese Vorschläge werden von der Zeitschrift *Down to Earth* als "revolutionär" bezeichnet. Sie hätten allerdings kaum eine Chance auf Verwirklichung. "Wie so viele andere Ausschußberichte wird wohl auch dieser schnell Staub ansetzen", vermutet die Zeitschrift.
Down to Earth, 15.Oktober 1995

Adivasi-Rundbrief Nr. 5, Februar 1996
Herausgegeben von der Adivasi-Koordinationsgruppe: Hans Escher (Indienhilfe e.V., Herrsching), Schillerplatz 6, 35578 Wetzlar, Tel. 06441/26585; Theodor Rathgeber (Gesellschaft für bedrohte Völker [GfbV]), Düstere Str. 20a, 37073 Göttingen, Tel. 0551/49906-18. Redaktion: Hans Escher. Das Abonnement des Adivasi-Rundbriefes ist kostenlos. Spenden zur Deckung der Kosten für Herstellung und Versand sind sehr erwünscht auf das Spendenkonto der GfbV, Stichwort: Adivasi-Rundbrief, Konto-Nr. 1909, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01.
Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 1. Mai 1996.